

Anhaltende Bedrohung

Rassistische Mobilisierungen in Berlin 2014

➔ Dossier



Rassistische »Montagsdemo« am 17. November 2014 in Marzahn | (c) Christoph Löffler



Inhalt

- 1 Vom Sofa auf die Straße
Rassismus mobilisiert nicht mehr nur die extreme Rechte
- 3 O-Töne rassistischer Redebeiträge
- 5 Rassistische Mobilisierungen in Zahlen
- 7 Pressefreie Zone Marzahn
Neonazis attackieren Journalist_innen
- 9 Texten für den Aufmarsch
Aufrufe und Musik der RassistInnen
- 11 Kein ruhiger Randbezirk
Aufmärsche stellen Gegenproteste auf harte Probe
- 12 Zum Weiterlesen

Vom Sofa auf die Straße

Rassismus mobilisiert nicht mehr nur organisierte extreme Rechte

Rassismus ist seit einigen Jahren eines der zentralen Agitationsthemen der extremen Rechten in Berlin. Sowohl Neonazis von NPD und FREIEN KRÄFTEN als auch PRO DEUTSCHLAND blieben bisher bei ihren öffentlichen Veranstaltungen meist unter sich. Im Zuge der zunehmenden rassistischen Stimmung gegenüber Geflüchteten und Muslim_a ist es Neonazis 2014 zeitweise gelungen, über ihr übliches Spektrum hinaus Personen bei ihren Protesten einzubinden. Im Schatten von PEGIDA (PATRIOTISCHE EUROPÄER GEGEN DIE ISLAMISIERUNG DES ABENDLANDES) und HoGeSa (Hooligans gegen Salafisten) haben sich bei NEIN ZUM HEIM-Aktivitäten in mehreren Berliner Stadtteilen bedrohliche Allianzen aus Neonazis, rechten Hooligans und rassistischen AnwohnerInnen formiert. Mit überraschender Beständigkeit und erschreckend hohen Teilnehmezahlen sorgen diese für neue Herausforderungen und eine neue Form der Bedrohung.

Das apabiz beobachtet solche Veranstaltungen und dokumentiert diese in Bild und Ton. Im Jahr 2014 wurden wir im Rahmen dieser Dokumentationsarbeit in zweierlei Hinsicht vor neue Herausforderungen gestellt: Insgesamt 47 extrem rechte Veranstaltungen konnten 2014 in Berlin vom apabiz dokumentiert werden (2013: 31) - 23 davon hatten ein offen rassistisches Motto (2013: 14). Die Anzahl der stattgefundenen rechten Veranstaltungen ist allerdings noch deutlich

höher. Aufgrund des sprunghaften Anstiegs vor allem seit Herbst 2014 war und ist es schlicht und ergreifend nicht möglich, alle Veranstaltungen abzudecken und dokumentarisch zu begleiten. Gerade Marzahn-Hellersdorf sticht dabei besonders hervor: Hier haben die regelmäßigsten und die größten Aufmärsche mit bis zu 1.000 RassistInnen stattgefunden. Auch wenn die Teilnehmezahlen seit Ende 2014 stark abgenommen und sich auf einen »harten Kern« von einigen

Senatsgeförderte Dokumentation

Die Dokumentation extrem rechter Veranstaltungen ist ein wichtiger Arbeitsbereich des apabiz. Seit 2008 ist er Teil der Projektförderung »Kompetente Netzwerke« durch den Berliner Senat im Rahmen des »Landesprogramms gegen Rechts-Extremismus, Rassismus und Antisemitismus«. Mehrere hundert

extrem rechte Aufmärsche und Kundgebungen sind seitdem vom apabiz professionell in Bild und Ton dokumentiert worden. Die dabei entstandenen Materialien werden bearbeitet und die Redebeiträge transkribiert. Die somit eigens geschaffenen und oftmals einzigen öffentlich zugänglichen Quellen

sind unverzichtbare Grundlage für die eigene Arbeit. Wir stellen sie darüber hinaus unseren Kooperationspartner_innen sowie interessierten Nutzer_innen unseres Archivs zur Verfügung. Bei Interesse und Bedarf kann das Material beim apabiz eingesehen und genutzt werden.

Dutzend Neonazis und rechten Hooligans reduziert haben, werden die Aufmärsche bis heute jeden Montag Abend organisiert.

Das weitaus schwerwiegendere Problem ist jedoch die Gefahr körperlicher Angriffe, mit der Gegendemonstrant_innen¹, Journalist_innen und somit auch die Personen, die unsere Dokumentationen durchführen, konfrontiert sind. Auch diesbezüglich war die Situation in Marzahn besonders bedrohlich und skandalös. Trotz wiederholter Ansprachen und Kritik gewährte die Polizei nicht den notwendigen Schutz, so dass Journalist_innen und auch wir letztlich gezwungen waren, die Arbeit aus Sicherheitsgründen einzustellen. Seither finden die Aufmärsche ohne nennenswerte kritische Öffentlichkeit statt. Ein fataler und skandalöser Zustand.

Das Problem ist und bleibt Rassismus

Rassismus ist ein elementarer Bestandteil extrem rechter Ideologie und es sind rassistische Motive, die in vielen Regionen der Bundesrepublik die Menschen aus ihren Wohnzimmern auf die Straße treiben – seit 2013 bei den NEIN ZUM HEIM-Protessen und verstärkt seit dem Herbst 2014 mit HoGeSa und PEGIDA. Die Bereitschaft, Rassismus und extrem rechte Ideologie öffentlich und nicht nur im Privaten zu äußern, ist derzeit erschreckend hoch und nicht mehr nur auf die bisher organisierte in Erscheinung getretene extrem rechte Szene reduziert. Die Abneigung und teils offene Aggressivität richtet sich in erster Linie gegen alle Nicht-Weißen, die als »anders« oder »fremd« markiert werden und damit den RassistInnen als störend gelten. Als

Chiffre für den mal mehr, mal weniger offen artikulierten Rassismus dienen wahlweise Geflüchtete oder die vermeintliche »Islamisierung des Abendlandes«. Zuwider sind den RassistInnen darüber hinaus all diejenigen, die ihren völkischen Rassismus nicht teilen oder gar Kritik äußern und diesem widersprechen. Verhasst sind ihnen jene, die sich für eine emanzipatorische und diskriminierungsfreie Gesellschaft stark machen oder gar empathisch und solidarisch mit Geflüchteten und Asylsuchenden sind: Gemeint sind antifaschistische und antirassistische Gegendemonstrant_innen, nicht-reaktionäre Politiker_innen oder auch Journalist_innen, die eine kritische, nicht-rechte Berichterstattung verfolgen und daher als »Lügenpresse« bezeichnet werden. Letztere stehen seit 2014 verstärkt im Fokus rechter Anfeindungen und Bedrohungen – nicht nur von Neonazis. Angefangen bei den sogenannten »Friedensmahnwachen« und Ende des Jahres im Zuge der Anti-Refugee- und der PEGIDA-Aufmärsche wurde der Begriff »Lügenpresse« zum Stigma für sämtliche nicht-rechten Presse-Vertreter_innen etabliert.

Berliner Neonazis setzen seit Jahren auf Rassismus

Bereits seit 2011 ist Rassismus das zentrale öffentlich sichtbare Thema der Aktivitäten von Berliner Neonazis. Die NPD bestritt mit dem Slogan »Kriminelle Ausländer raus« maßgeblich ihren Landeswahlkampf für die Berlin-Wahl im September 2011. Begleitend und mit gegenseitiger Unterstützung fuhr der NATIONALE

¹
Anmerkung zur unterschiedlichen Gender-Schreibweise: Personen(gruppen), die ideologisch ausschließlich ein bipolares heterosexistisches Geschlechterbild akzeptieren, werden mit Binnen-I geschrieben (z.B. RassistInnen). Bei allen anderen wird die Schreibweise mit Unterstrich gewählt (z.B. Antirassist_innen).



Aber der rechts neben dem Schild sicher: Der bundesweit reisende Neonazi-Aktivist ROLF DIETRICH aus Sachsen-Anhalt beim Aufmarschversuch am 22. November 2014 in Marzahn | (c) apabiz



WIDERSTAND BERLIN (NW BERLIN) eine noch offenere rassistische »Ausländer raus«-Kampagne.

Seit aufgrund weltweiter Kriegs- und Krisensituationen die Fluchtbewegungen auch in der Bundesrepublik die Zahl der Asylsuchenden gestiegen ist, nimmt die extreme Rechte das Thema noch mehr in den Fokus. Bereits eröffnete oder geplante Unterkünfte für Asylsuchende sowie die wichtigen Selbstermächtigungsproteste von Refugees wurden 2012 und 2013 zum Ziel rassistischer Hetze in Berlin. Im Sommer und Herbst 2013 gab es erste, zum Teil massive, rassistische Auseinandersetzungen mit Beteiligung rassistischer AnwohnerInnen um eine geplante Unterkunft in der Carola-Neher-Straße in Hellersdorf. Dem wurde zwar durch antirassistisches Engagement entschieden und erfolgreich entgegengewirkt. Die Neonazis blieben aber propagandistisch vor allem auf Facebook sehr aktiv, und es gab immer wieder Bedrohungen und Angriffe gegen Geflüchtete und deren Unterkünfte sowie gegen antirassistisch Engagierte.

Nachdem Ende Oktober 2014 die Errichtung von sogenannten Container-Unterkünften in sechs Berliner Stadtteilen angekündigt wurde, war ein enormer Anstieg extrem rechter

Veranstaltungen zu verzeichnen, die zum Teil bis heute stattfinden. Mehrmals wöchentlich wurden in Marzahn-Hellersdorf, Buch, Köpenick und Hohenschönhausen rassistische Aufmärsche und Kundgebungen organisiert. Inszeniert und organisiert wurden diese von bekannten Neonazis von NPD, DIE RECHTE und FREIEN KRÄFTEN. Mobilisieren ließen sich jedoch über dieses Spektrum hinaus erschreckend viele rassistische AnwohnerInnen und rechte von den HoGeSA-Aktivitäten motivierte Hooligans.

Ausblick: Kein Grund zur Entwarnung

Die rassistischen Aufmärsche gegen sogenannte Container-Unterkünfte in den Stadtrandbezirken haben in jüngster Zeit zwar sowohl hinsichtlich der Teilnehmezahlen als auch – bis auf Marzahn – hinsichtlich der Intensität abgenommen und haben sich auf einen »harten Kern« reduziert. Von Entwarnung kann allerdings keine Rede sein. Denn in den meisten Bezirken sind die Unterkünfte noch nicht einmal fertiggestellt. Sobald dies der Fall ist und die ersten Geflüchteten einziehen, ist zu befürchten, dass die rassistischen Aufmärsche wieder zunehmen werden. Außerdem wäre es fahrlässig,



sich vor dem Hintergrund dramatisch gesteigener Angriffszahlen auf Geflüchtete und Brandanschläge auf deren Unterkünfte mit einer drohenden Gefährdung nicht realistisch auseinander zu setzen. Dass gerade in Marzahn ein Personenpotential mit Hang zur Gewalt abrufbar ist, wurde in den vergangenen Monaten zur Genüge offenbar.

Frank Metzger

Demo-Schilder in bekanntem NPD-Stil am 22. November 2014 in Marzahn
| (c) apabiz

0-Töne rassistischer Redebeiträge

Die hier wiedergegebenen Zitate basieren größtenteils auf eigens erstellten Dokumentationen. Wo aus Kapazitäts- oder Sicherheitsgründen die Veranstaltungen nicht dokumentiert werden konnten, wurde auf andere öffentlich zugängliche Quellen zurückgegriffen.

Lichterkette Buch, 20. November 2014

Unbekannter Redner: »Mit der jetzigen Asylpolitik werden Deutsche systematisch aus Deutschland vertrieben oder vergraut. Auch hier in Buch habe ich schon persönlich von Bürgern gehört: »Wenn das hier losgeht, ziehe ich weg aus Buch.« [...] und auch deshalb stehen wir heute auch wieder hier, um gemeinsam zu zeigen, wir wollen eine sichere Zukunft für unsere Kinder. Aber es

sieht leider so aus, dass dieses Wohl uns deutschen Bürgern nicht gegönnt wird. Mit der heutigen Lichterkette wollen wir auch zeigen, dass wir auch Angst um unsere älteren Bürger haben, die sich nicht mehr wehren können. Wir dürfen jetzt nicht locker lassen, so wie auch in Marzahn-Hellersdorf, Pankow, Köpenick oder sonst wo in Deutschland, wo die Asylpolitik zugeschlagen hat, denn wir wollen kein Container-Dorf in Berlin-Buch, in ganz Berlin und in

ganz Deutschland haben. Asylantenheim? - Nein, danke. Heute sind wir tolerant, morgen fremd im eigenen Land.«

Quelle: FB-Video <https://www.facebook.com/video.php?v=773913849361585>

Marzahn-Hellersdorf, 22. November 2014

Unbekannter Redner: »Wir müssen ihnen sagen, dass sie ihr eigenes Land selber aufbauen müssen, so wie

es in Deutschland fleißige Trümmerfrauen nach dem Krieg getan haben. Es geht nicht, dass sie auf Kosten anderer leben. Sie kommen her und viele von ihnen verachten uns. Schaut euch doch mal um. Schaut euch doch nur mal die Kriminalitätsstatistik an. Deutschland verkommt immer mehr zu einem Selbstbedienungsladen für ausländische Banden. [...] Wir haben uns für Kieze wie Marzahn und Hellersdorf bewusst entschieden, damit unsere Kinder hier in Ruhe und Frieden ohne Kriminalität aufwachsen können. Auch wir Deutsche haben Rechte, mehr Rechte als sogenannte Flüchtlinge aus der ganzen Welt, von denen die allermeisten gar keine echten Flüchtlinge sind! 80 Prozent von denen kommen doch nur her um ein wirtschaftlich besseres Leben zu führen! In ihren kaputten Ländern ist dies nämlich nicht möglich! Das sind asylfremde Gründe, diese Motive sind vom deutschen Asylrecht überhaupt nicht gedeckt. Warum dürfen diese Leute trotzdem hier bleiben? Warum werden die nicht konsequent abgeschoben?»

**Marzahn-Hellersdorf,
22. November 2014**

Unbekannter Redner (Offenes Mikrofon): (Anm. d. R.: Nachfolgend Bezugnahme des Redners auf Klaus Wowereits Ausspruch »Arm aber sexy«) »Es ist also sexy, wenn ihre Stadt von einem regelrechten Asyltsunami heimgesucht wird [...]. Nein, das ist nicht sexy! So eine Politik ist gemeingefährlich und kriminell und solche Politiker gehören nicht in die Regierungsverantwortung, sie gehören in die JVA Moabit. Überall im Land regt sich derzeit Widerstand gegen die vergällte Politik der Machthaber, ob in Berlin, Köln, Hannover, Dresden oder meiner Heimatstadt Leipzig, das Volk zeigt den Überfremdungs-Ultras die rote Karte. Es hat die Schnauze voll davon von dieser verfehlten Politik, von einer Politik, die politisch Andersdenkende mit der Faschismus-Keule erschlagen will. Dabei ist es doch diese Politikerkaste, die faschistische Methoden anwendet, indem sie ande-

re Meinungen unterdrückt und gerade so kriminalisiert.«

**Marzahn-Hellersdorf,
22. November 2014**

Unbekannter Redner (Offenes Mikrofon): »Gibt es etwa eine Asylantenmafia, von denen kein Bürger etwas erfahren darf?« [sic!]

(Anm. d. R.: später in der Rede bezugnehmend auf den Artikel des Berliner Kuriers »Die Rattenfänger von Marzahn« vom 17. November 2014) »Wir lassen uns nicht vertreiben. Wir sind keine Ratten und auch keine Nazis.«

**Marzahn-Hellersdorf,
01. Dezember 2014**

RENÉ UTTKE: »Wir demonstrieren gegen den Bau von Asyl-Containern hier in Marzahn, in Berlin und landesweit. Auch demonstrieren wir gegen Inländerhass und Linksextremismus. Von Letzterem ist meine Familie selber betroffen. [...] Man fand meinen Bruder Kai Uttke in einer Novembernacht 1991 im Alter von 21 Jahren tot in einem Kanal, von einer roten Mörderbande grausam hingerichtet. Und bis heute läuft das rote Pack noch rum. Überfremdung, Inländerhass, Extremismus, Armut, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung, das ist die Folge der derzeitigen Politik und Wirtschaft hier in diesem Land, mit

all ihren ausländischen Hintermännern und -frauen, die bei unseren Politik-Marionetten die Strippen ziehen. [...] Die Regierung der BRD ist nichts weiter als ein Krebsgeschwür mit all seinen Metastasen, zu finden in den Parteien, Medien, sozialen und auch staatlichen Einrichtungen. Aber nun sind wir gemeinsam hier, um zum fünften Mal uns gegen die volksvernichtende Politik und deren Verursacher zur Wehr zu setzen. Uns ist nicht nur allein damit geholfen, wenn wir es schaffen weitere Asylantenheime aufgrund unserer Proteste zu verhindern. Nein, der Verursacher, besser gesagt die derzeitige Regierung und ihre Helfershelfer müssen vom Thron gestoßen, entmachtet und zur Rechenschaft gezogen werden, dann erst kann es eine positive Entwicklung für uns und unser Land geben. Aber ich weiß aller Anfang ist schwer, schon alleine wegen 69-Jahre Volksbetrug.«

Wiederkehrende Demoparolen:

»Wir sind das Volk!«
»Wir haben die Schnauze voll!«
»Wir wollen keine Asylantenheime!«
»Marzahn sagt nein zum Asylantenheim.«
»Unsre Fahne, unser Land – maximaler Widerstand!«
»Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen!«
»Schickt sie wieder in den Flieger!«



RENÉ UTTKE (mit Megafon) bei einem Aufmarsch am 24. November 2014 in Marzahn | (c) Christian Ditsch



»Ich habe eine Fahne«, Aufmarsch am 24. November 2014 in Marzahn
| (c) Christian Ditsch

Rassistische Mobilisierungen in Zahlen

In den letzten Monaten des Jahres 2014 gab es in Berlin eine regelrechte Welle rassistischer und vor allem asylfeindlicher Mobilisierungen. Es zeigte sich ein enormes Potential der Bevölkerung, bereits vorhandene rassistische Einstellungen nicht nur anonym in sozialen Netzwerken zu äußern, sondern diese öffentlich auf der Straße zu vertreten. Eine vergleichbare Anzahl und Dauerhaftigkeit solcher Aktionen war in diesem Maße in den letzten Jahren nicht zu beobachten.

Ab November 2014 kam es regelmäßig zu mehreren Veranstaltungen wöchentlich, mit zum Teil mehreren hundert Teilnehmenden. Schwerpunkt der rassistischen Anmeldungen waren die Bezirke Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick (Allende-Viertel), Pankow (Buch) und ab Mitte Dezember auch Lichtenberg (Hohenschönhausen/Falkenberg). Als Anlass diente jeweils die geplante oder schon geschehene Unterbringung von Geflüchteten in sogenannten Container-Unterkünften, beziehungsweise Turnhallen. Insgesamt verzeichneten wir im vergangenen Jahr 56 Veranstaltungen der organisierten extremen Rechten mit einem explizit Refugee-feindlichen Anliegen. Allein 41 fanden in den letzten beiden Monaten des Jahres statt.¹ Zum Vergleich: Im selben Zeitraum des Jahres 2013 verzeichneten wir lediglich eine Demonstration.

Andere Veranstaltungen, wie beispielsweise neonazistische Kundgebungen zu historischen Gedenktagen, sind in dieser Aufstellung nicht miteingerechnet. Zu beobachten war eine ganze Fülle unterschiedlicher

Aktionsformen. Neben in Berlin beinahe klassischen Kleinstkundgebungen der NPD, vor allem in der ersten Jahreshälfte 2014, mit in der Regel nur wenigen TeilnehmerInnen, gab es ab November verschiedene Demonstrationen in allen erwähnten Bezirken. Hinzu kamen Lichterketten im Pankower Ortsteil Buch und im Köpenicker Allende-Viertel. Im letztgenannten sind außerdem Picknicks von RassistInnen am geplanten Unterbringungsort für Geflüchtete zu nennen. Bei Lichterketten lag die durchschnittliche TeilnehmerInnenzahl bei ungefähr 50 Personen. Bei den Picknicks ist die Beteiligungstärke unklar.

Ein Blick auf die Organisationsstrukturen und Teilnehmenden zeigt die Berührungspunkte rassistischer AnwohnerInnen mit organisierten Neonazis und rechten Hooligans sowie dem rechtspopulistischen Lager um PRO DEUTSCHLAND und BÄRGIDA. Immer wieder waren es Mitglieder der neonazistischen Parteien NPD und DIE RECHTE, die als OrdnerInnen auftraten, Redebeiträge beisteuerten oder die Veranstaltungsleitung über-

nahmen. PRO DEUTSCHLAND versuchte wiederholt die Mobilisierungen für sich zu nutzen und meldete in verschiedenen Ortsteilen eigene Kundgebungen an oder lief neben bekannten Neonazis bei den Aufmärschen mit. Unter den TeilnehmerInnen der rassistischen Aufmärsche in Marzahn fanden sich außerdem Teile des späteren BÄRGIDA-Organisations-Teams.

Marzahn-Hellersdorf

Die zahlenmäßig größten Mobilisierungen gab es in Marzahn-Hellersdorf. Hier sind es vor allem die regelmäßig seit Anfang November 2014 stattfindenden und als »Montagsdemo« bezeichneten rassistischen Aufmärsche sowie ein versuchter, überregional beworbener Aufmarsch am Samstag, den 22. November 2014, der jedoch durch Gegenproteste blockiert wurde.

Nach der ersten »Montagsdemo« am 03. November 2014 mit etwa 150 Teilnehmenden steigerte sich in den folgenden Wochen die Beteiligung stetig. Insgesamt gab es im Bezirk von November bis Jahresende acht Demonstrationen, bei denen teilwei-

1

Die im Artikel verwendeten Zahlen entstammen größtenteils eigenen Dokumentationen. Wo diese nicht möglich waren, beziehen wir uns auf Presseartikel sowie unabhängige Chroniken.

se Teilnehmezahlen von 500 bis 600 Personen erreicht wurden. Den Höhepunkt stellte ein Aufmarsch am 24. November dar, bei dem sich 800 bis 1.000 Personen versammelten.

Insgesamt zählten wir 2014 dreizehn Veranstaltungen allein in Marzahn-Hellersdorf, davon zehn in den letzten beiden Monaten des Jahres. Angemeldet wurden die Demonstrationen zunächst von UWE DREISCH, Landesvorstand der Partei DIE RECHTE. Später war es dann vor allem RENÉ UTTKE, der die Demonstrationsleitung übernahm. Uttke selbst war zwar in den Jahren zuvor bereits als regelmäßiger Teilnehmer, nicht aber als Redner bei verschiedenen NPD-Kundgebungen aufgetreten.

Zu erwähnen bleibt, dass die »Montagsdemos« in Marzahn-Hellersdorf die einzigen sind, welche bereits vergangenes Jahr begannen und sich auch 2015 bis zum Redaktionsschluss (April 2015) wöchentlich fortsetzen. Die Zahl der Teilnehmenden ist seit einigen Wochen jedoch auf wenige Dutzend Personen geschrumpft.

Die öffentliche Mobilisierung für die Proteste verlief hauptsächlich über die Facebook-Seiten der BÜRGERBEWEGUNG HELLESDORF und der BÜRGERBEWEGUNG MARZAHN, welche bereits seit längerem bestehen, sowie über die Profil-Seite des Kampagnenzusammenschlusses BERLIN WEHRT SICH beziehungsweise HANDELN STATT KLAGEN.

Treptow-Köpenick

Die meisten uns bekannten Anmeldungen waren im Bezirk Treptow-Köpenick zu verzeichnen, insge-

samt neunzehn für das gesamte Jahr 2014, wobei allein sechzehn in den Monaten November und Dezember stattfanden. In der ersten Jahreshälfte veranstaltete die NPD im Ortsteil Adlershof mehrere Kundgebungen gegen eine neueröffnete Unterkunft für Asylsuchende.

Zum Jahresende konzentrierten sich die rassistischen Proteste auf das Köpenicker Allende-Viertel. Hier gab es im November insgesamt vier Demonstrationen mit durchschnittlich 400 Teilnehmenden. Seit Dezember ist auch hier eine Abnahme der Mobilisierungsstärke zu erkennen. Zusätzlich wurden vor Ort Lichterketten und Picknicks mit oft nur wenigen Personen durchgeführt.

Zu den Veranstaltungen aufgerufen wurde auch hier maßgeblich über soziale Netzwerke. So entstanden im November die Facebook-Seiten: NEIN ZUM CONTAINERDORF AM STANDORT ALLENDE II und BÜRGERINITIATIVE TREPTOW-KÖPENICK. Bereits länger online ist die Seite NEIN ZUM HEIM IN KÖPENICK. Auch bekannte NPD-Politiker wie UDO VOIGT und SEBASTIAN SCHMIDTKE riefen immer wieder über das soziale Netzwerk zur Teilnahme an den Demonstrationen auf und steuerten Redebeiträge bei. Köpenick ist seit Dezember der erste Standort, an dem Geflüchtete bereits in die Unterbringung eingezogen sind.

Pankow

Im Pankower Ortsteil Berlin-Buch sind uns ab November drei Demonstrationen und fünf Lichterketten bekannt. Hinzu kamen wiederholte

Störungen bei Kundgebungen und Informationsständen, welche Solidarität mit Geflüchteten forderten. Hier wurden Teilnehmer_innen bedroht.

Die Proteste in Buch gehen einher mit einer Wiederbelebung des zuvor kaum aktiven Verbands der NPD Pankow. Dies geschieht unter maßgeblicher Beteiligung von CHRISTIAN SCHMIDT, der bereits vor seiner Tätigkeit als NPD-Kreisvorsitzender jahrelang in den Kameradschaften FREIE NATIONALISTEN MITTE und später beim NATIONALEN WIDERSTAND BERLIN (NW BERLIN) als Anti-Antifa-Fotograf aktiv war. Auch in Buch sind die angemeldeten Aktionen seit Jahresbeginn stark zurückgegangen. So fand im Januar nur eine Kundgebung statt, die diesmal ganz offen von der NPD beworben wurde. Auch hier sprach CHRISTIAN SCHMIDT zu den noch etwa 30 erschienenen Personen.

Lichtenberg

Ab Mitte Dezember 2014 gab es verschiedene rassistische Aktionen im Ortsteil Falkenberg. Auch hier soll eine sogenannte Container-Unterkunft entstehen, außerdem wurde eine Turnhalle zu einer Notunterkunft umfunktioniert. Demonstriert wurde erstmals am 16. Dezember 2014. Die Demonstrationsleitung sowie Redebeiträge wurden seither maßgeblich durch JENS IRGANG (NPD Lichtenberg) übernommen, der bisher allenfalls als regelmäßiger Teilnehmer und vor allem Transparent-Halter bei NPD-Kundgebungen aufgefallen war. Wiederholt versuchten rassistische AnwohnerInnen und Neonazis direkt zur Turnhalle zu gelangen.

Im Jahr 2015 kam es weiterhin zu rassistischen Protesten in Falkenberg. Zu nennen ist vor allem eine Demonstration am 10. Januar mit etwa 190 Personen. Seitdem sind die Zahlen auch hier stark rückläufig. In der Folge mussten als Demonstrationen angekündigte Termine lediglich als Kundgebung stattfinden, da die Beteiligung bei etwa 20 Personen lag.

Kilian Behrens

Kamen an diesem Tag nicht so weit: Aufmarschversuch am 22. November 2014 in Marzahn

| (c) apabiz





An einem trockenen Abend den Schirm im Anschlag: UWE DREISCH (re.) mit GESINE SCHRADER und Ehemann RONNY am 10. November 2014 in Marzahn
| (c) Christoph Löffler

Pressefreie Zone Marzahn

Vor den Augen der tatenlosen Polizei: Neonazis attackieren Journalist_innen und zwingen sie zum Abbruch ihrer Arbeit

»Lügenpresse, halt die Fresse. Lügenpresse, auf die Fresse«, schlug es den wenigen anwesenden Journalist_innen beim rassistischen Aufmarsch in Marzahn lauthals und hasserfüllt entgegen. Dass es nicht immer bei verbalen Drohungen bleibt, haben Journalist_innen teilweise am eigenen Leib erfahren müssen, als sie im Auftrag des apabiz die rassistischen Aufmärsche dokumentieren wollten. Letzlich mussten wir unsere Arbeit dort einstellen – auch weil die Polizei die Presse nicht ausreichend schützte.

Journalistische Arbeit am Rande extrem rechter Veranstaltungen – besonders bei neonazistischen Aufmärschen – ist nicht ungefährlich. Dass Journalist_innen Bedrohungen und Angriffen ausgesetzt sind, ist daher leider auch nicht neu. Im Laufe des letzten Jahres jedoch wurde eine neue besorgniserregende Dimension erreicht. Zwar waren wir in Buch, Hohenschönhausen und Köpenick im Vergleich zu Marzahn nur selten mit eigenen Dokumentationssteams vor Ort. Aufgrund eigener Erfahrungen sowie der Einschätzungen von Kolleg_innen und Engagierten vor Ort lässt sich jedoch sagen, dass in Marzahn die Situation besonders bedrohlich war und ist.

Drohungen und Angriffe auf Presse

Von Beginn an (ab Anfang November 2014) ging von den rassistischen Aufmärschen eine sehr aggressive Grundstimmung aus, die sich – nicht zuletzt in Ermangelung

anderer »Feinde« – vor allem gegen die wenigen Journalist_innen und Gegendemonstrant_innen richtete. Bekannte gewalttätige Neonazis und teils alkoholisierte rechte Hooligans drohten immer wieder unmissverständlich und versuchten auszubringen um anzugreifen. Die Berliner Polizei hatte viel zu wenige Einsatzkräfte vor Ort und war offenkundig nicht in der Lage, die Situation zu kontrollieren und einen geschützten Rahmen für Journalist_innen zu schaffen. Stattdessen forderten die Polizist_innen vor Ort die Presse auf, sich dem Aufmarsch fernzuhalten, da für ihre Sicherheit nicht garantiert werden könne. Aufgrund anhaltender Angriffsversuche aus dem Aufmarsch heraus brachen die Journalist_innen ihre Arbeit tatsächlich ab.

Polizeiliche Passivität und steigende Gewalt

Trotz der anhaltend bedrohlichen Situation und der angeblichen Überforderung der Polizei gab es kaum

und wenn nur höchst fragliche ein-satztaktische Konsequenzen für die folgenden Aufmärsche. Während die antirassistischen Gegenproteste von einem übertriebenen Großaufgebot begleitet wurden, blieb die polizeiliche Begleitung der rassistischen Aufmärsche allenfalls sporadisch, obwohl sie zunächst weiteren Zulauf erhielten und damit auch die Bedrohungslage zunahm. Es wäre ein Leichtes für die aufmarscherprobte Berliner Polizei gewesen, die »Montagsdemos« mit einem angemessenen Aufgebot zu begleiten, um die Bedrohungen und Angriffe zu unterbinden.

Die Passivität der Polizei gab den RassistInnen die Möglichkeit, aus der Situation heraus spontan und konsequenzlos angreifen zu können oder sich gar zu koordinieren und gezielt gegen die Presse vorzugehen:

In die Ordnerstruktur eingebundene Neonazis aus dem Spektrum des ehemaligen NATIONALEN WIDERSTANDS BERLIN (NW BERLIN) wie CHRISTIAN B., DAVID G., STEPHAN A. und OLIVER O.



liefen immer wieder an der Spitze des Aufmarsches. Ihre primäre Aufgabe war es ganz offenkundig, in der unübersichtlichen Dunkelheit die wenigen anwesenden Journalist_innen aus nächster Nähe zu fotografieren, sie mit Taschenlampen zu blenden und körperlich zu bedrängen, ihnen verbal zu drohen und in die Kameras zu greifen oder sie zu attackieren. Die Polizei reagierte auch auf direkte Aufforderungen, die Angriffe zu unterbinden, nicht.

Ohne Konsequenzen

Nur wenige Pressevertreter_innen begleiteten die »Montagsdemo« am 24. November und ließen die etwa 1.000 RassistInnen an sich vorbeiziehen. Angefeuert durch »Lügenpresse, halt die Fresse. Lügenpresse auf die Fresse«-Rufe trat Kai S., bekannter Aktivist der neonazistischen BÜRGERBEWEGUNG MARZAHN-HELLERSDORF, hervor, fotografierte einen der Journalisten aus nächster Nähe, gestikuliert drohend und schlug dem Fotografen dann dessen Kamera ins Gesicht. Polizist_innen, die den Aufmarsch begleiten und in unmittelbarer Nähe waren, ließen den Neonazi unbehelligt weiterlaufen.

Dass die Polizei auch bei solchen Attacken nicht reagierte, begründeten die Beamt_innen vor Ort mit einer angeblich deeskalativen Taktik, die Straftaten erst im Nachhinein zu ahnden. Eine Einschätzung, die aufs Schärfste zu verurteilen ist und der realen Bedrohung nicht gerecht wurde. Denn durch die Passivität der Polizei wurden die Neonazis vielmehr noch weiter in ihrem aggressiven Auftreten bestärkt und zusätzlich Teile der Hooligans zu entsprechendem Handeln ermutigt.

Doch selbst als in der Presse kritisch über die Angriffe und das Verhalten der Polizei berichtet wurde, gab es keine wahrnehmbaren Änderungen. Als Oppositionspolitiker_innen in der Innenausschusssitzung des Abgeordnetenhauses die Vorkommnisse in Marzahn kritisierten und Berlins Polizeipräsident Klaus Kandt damit konfrontierten, verstieg er sich zu der Aussage, dass Personenschutz für Journalist_innen nicht Aufgabe der Polizei sei. Mit dieser Äußerung verweigerte er sich einer grundsätzlichen Aufgabe polizeilicher Arbeit nachzukommen und die im Grundgesetz verbrieft Pressefreiheit zu schützen.

Kein Grund zur Entwarnung

An der Situation in Marzahn hat sich nichts geändert. Die wenigen Journalist_innen, die weiter versuchten ihre Arbeit zu machen, mussten stets nach wenigen Minuten ihre Arbeit abbrechen, wollten sie nicht Gefahr laufen verletzt zu werden. Nach und nach haben Journalist_innen ihre Arbeit in Marzahn vollständig eingestellt. Gewalttätige RassistInnen zwangen sie geradewegs dazu – vor den Augen der tatenlosen Polizei. Eine weitere Verschärfung der Situation stellte sich ein, als eine Art Steckbrief von sogenannten Antifa-Fotografen veröffentlicht wurde. Welche konkrete Bedrohung für die dort veröffentlichten Personen besteht, wurde auf erschreckende Art und Weise deutlich, als ein Brandanschlag auf das Auto eines dort genannten Fotografen verübt wurde. Derzeit finden die rassistischen Aufmärsche in Marzahn zwar weiterhin statt, allerdings ohne jegliche Öffentlichkeit. Es besteht dringender Handlungsbedarf, um die Pressefreiheit hier zu gewährleisten.

Frank Metzger

Der Neonazi Kai S. attackiert einen Journalisten bei einem rechten Aufmarsch in Marzahn-Hellersdorf
| (c) Videostills apabiz





Der neonazistische Sänger VILLAIN051 am 22. November 2014 in Marzahn-Hellersdorf

| (c) apabiz

Texten für den Aufmarsch

Aufrufe und Musik der RassistInnen

Die Kommunikation vor und nach den rassistischen Aktionen verläuft hauptsächlich online über soziale Netzwerke. Aufrufertexte sowie Erfahrungsberichte von Veranstaltungen und Diskussionen wurden auf Facebook verbreitet. Die Berlin-weite Mobilisierung geschah maßgeblich über den Kampagnenzusammenschluss **BERLIN WEHRT SICH beziehungsweise HANDELN STATT KLAGEN**.

Wiederkehrendes Motiv in den Texten und Kommentaren ist einerseits das des vermeintlich entrechteten deutschen Volkes, welches nun »erwacht« bzw. »aufsteht«. Dieses Bild in Kombination mit Demonstrationsterminen am Montagabend und der Parole »Wir sind das Volk« dient der Selbstverortung als Nachfolge der Montagsdemonstrationen in der DDR. Hierdurch wird versucht eine historische Legitimation für das eigene Anliegen herzustellen. Andererseits findet sich das emotional überfrachtete Motiv, für die Zukunft der eigenen Kinder einzutreten, wodurch man sich selbst zu heroischen Kämpfer_innen fürs Vaterland und das Fortbestehen der »eigenen Kultur« stilisiert. Eine völkische, rassistische Argumentation wird hier augenscheinlich. Auffällig ist außerdem, dass sich mit Formulierungen wie »Gemeinsam sind wir stark« und der Rede von »deutscher Identität« und »abendländischen Traditionen« die Losungen der zuletzt stärksten rassistischen Mobilisierungen um HoGeSa und PEGIDA in den Aufrufertexten wie-

derfinden. An anderer Stelle wurde im gewohnten NPD-Jargon gegen »Asylindustrie« oder das »Diktat der Multikultur« gehetzt. In den Kommentarspalten kam es immer wieder zu Gewaltaufrufen bis hin zur Äußerung von Mordphantasien.

In einem von der BÜRGERBEWEGUNG MARZAHN auf Facebook verbreiteten

Aufruf für die Demonstration am Samstag den 22. November 2014 hieß es:

»Gegen Asylmissbrauch den Mund aufmachen! Wir sind das Volk! Gemeinsam sind wir stark! [...] Es muss endlich mit dieser asozialen Politik abgerechnet und das unaufhörliche Entstehen neuer Massenun-



Teile des NPD-Bundesvorstands am 08. Dezember 2014 in Marzahn: SEBASTIAN SCHMIDTKE (2.v.r.) und RONNY ZASOWK (2.v.l.) mit dem neuen NPD-Bundeschef FRANK FRANZ (r.)

| (c) Screenshot (öffentliches Facebook-Profil von S. SCHMIDTKE)

terkünfte für Asylanten und Wirtschaftsflichtlinge gestoppt werden. Wir haben lange genug hinter vorgehaltener Hand oder an den Stammtischen unsere Meinung gesagt. Nun wird es Zeit, gemeinsam unsere Meinung unmissverständlich, klar und deutlich und vor allem mit Nachdruck auf die Straße zu tragen. [...] Anstatt Familien zu fördern und der Jugend eine vernünftige Zukunft zu bieten, schmeißt man hunderte Millionen Euro für Wirtschaftsflichtlinge und Scheinasylanten zum Fenster raus.[...] Nun sei auch du und deine Region mit dabei, wenn das Volk gegen Asylmissbrauch auf die Straße geht! Die Straße frei der Zukunft Deutschlands ...«

Über die FB-Seite KEIN ASYLANTEN-CONTAINER DORF IN BUCH wurde Ende Dezember ein Aufruf zum »letzten Aktionstag vor den Weihnachtsfeiertagen« verbreitet. Zu lesen war:

»Wir wollen auch weiterhin unsere abendländischen Traditionen, und damit unsere Identität als Deutsche in Europa, erhalten! In Zeiten in denen inzwischen schon Weihnachtsmärkte in Wintermärkte umbenannt werden sollen, damit sich aus politischer Korrektheit niemand in seiner Religion beleidigt fühlen soll, scheint uns eine solche Veranstaltung wichtiger als die nächste Demonstration [...]«

Im Aufruf für eine Demonstration am 16. Dezember in Falkenberg/Hohenschönhausen, verbreitet über die Seite KEIN ASYLANTEN-CONTAINERDORF IN FALKENBERG schrieb man:

»Bürger heraus gegen das Asylanten-Containerdorf in Falkenberg! Hohenschönhausener und Lichten-

berger erhebt Euch gegen die Ansiedlung des Containerdorfs in Falkenberg. Stellt Euch quer gegen das Diktat der Multikultur und deren einschneidenden Folgen.«

Wird sich in offiziellen Texten sprachlich mehr oder weniger zurückgehalten um ein bürgerliches Auftreten zu suggerieren, kommt es in UserInnen-Kommentaren immer wieder zu ungefilterten und teils drastischen Gewaltaufrufen. Im Nachgang der blockierten Demonstration am 22. November 2014 in Marzahn gab es auf Facebook eine Diskussion zu angeblich durch Gegendemonstrant_innen verletzte Kinder. Trotz des zutiefst beleidigenden und menschenverachtenden Inhalts geben wir an dieser Stelle zu Dokumentationszwecken einen Auszug daraus wieder.

Ein »Thomas L.« schrieb hierzu: »Gibt endlich die antifa fotzen zum abschluss frei. [Hier folgen drei pikto-graphische Darstellungen von Pistolen] Irgendwann ist mal schluss.« [sic!]

In der gleichen Diskussion erwidert die Userin »Franziska S.«: »Müsste man mit den Asylanten an die Mauer stellen!«

Der Soundtrack der RassistInnen

Häufig war auf Demonstrationen in Marzahn-Hellersdorf Musik des Neonazi-Rappers PATRICK KILLAT alias VILLAIN051 zu hören. Auch persönlich beteiligt sich dieser an den Aufmärschen. Gemeinsam mit KARIN MUNDT, der Sängerin der Rechtsrock-Band WUT AUS LIEBE, nahm er den Song »Handeln statt klagen« für die gleichnamige Kampagne auf. Beide hatten zuvor bereits einen Song für

die HoGeSa-Demonstration in Hannover Ende 2014 eingespielt.

Gemeinsam mit dem Sänger R.A.W. (»Recht auf Wahrheit«) bildet VILLAIN051 das Duo A3STUS. Diese provozierten bereits 2013 beim Video-Dreh für das Lied »Für unsere Kinder« vor dem Eingang der Unterbringung für Geflüchtete in der Carola-Neher-Straße in Hellersdorf. Ein Security-Mitarbeiter wurde später rassistisch beleidigt. KILLAT gilt als wichtige Verbindung zwischen rassistischen Anwohner_innen, Neonazis und dem rechten, gewaltbereiten Fußballfanspektrum. Neben HoGeSa verfügt er auch über Kontakte zur WANNSEE-FRONT, einer extrem rechten Hooligangruppe aus der Fanszene von Hertha BSC. In Marzahn-Hellersdorf spielten A3STUS unter anderem am 01. Dezember die Lieder »Für unsere Kinder« und »Lass uns die Welt bewegen gehen!«. In den Texten zeigten sie ihr Selbstbild als Kämpfer für Heimat und Nation, ergingen sich in antisemitischen Klischees und drohten ganz unverhohlen mit Gewalt. Im Wortlaut hieß es:

»Neuer deutscher Widerstand 2014. Wir gehen auf die Straße um dieses System zu stürzen. Für unser deutsches Land ziehen wir heute in den Kampf. Ihr erwartet Dank. Hier ziehen treue Deutsche die Waffen. Wahrheit macht frei. Befreit euch von der Lüge schnell. Brüder dieser Welt vereinigt euch und Zion fällt. Ihm geht's nicht mehr um Religion oder Volk, nein, er kommt über Nacht und er will nur euer Gold.« (A3STUS – »Für unsere Kinder« – live gespielt in Marzahn 01. Dezember 2014)

»Wir kämpfen gegen ihr System und ihre Unfähigkeit. Patriot heißt in Deutschland ganz unten zu sein. Stunden voll Schweiß, die Angst tief im Herzen - mein Volk stirbt bald aus, dieses Land wird verderben. Sie verachten die Farben: Schwarz, Rot und Gold. Wir tragen das Erbe der Fahne mit Stolz.« (A3STUS – »Lass uns die Welt bewegen gehen!« - live gespielt in Marzahn 01. Dezember 2014)

Kilian Behrens

Antisemitische Vernichtungsphantasien und NS-Verherrlichung auf Facebook.

| Screenshot vom 22. November 2014, Facebook-Seite der BÜRGERBEWEGUNG HELLESDORF





»Solidarität mit Geflüchteten! Rassismus bekämpfen!«: Klare Statements bei der Kundgebung am 04. Juni 2014 in Adlershof | (c) Christian Ditsch

Kein ruhiger Randbezirk

Bis zu drei Veranstaltungen wöchentlich, Dunkelheit, schlechtes Wetter, Kriminalisierung von Antifaschist_innen durch aggressiv auftretende Polizei und gewaltsuchende, oft alkoholisierte RassistInnen. Die asylfeindlichen Aufmärsche in Buch, Marzahn, Köpenick und Hohenschönhausen stellten die Gegenproteste auf eine harte Probe. Grund genug zurückzuschauen.

Zwei Szenen:

Samstag, 22. November 2014. Mehr als 1.000 Antifaschist_innen blockieren einen geplanten rassistischen Aufmarsch in Marzahn. Nach stundenlangem, frustrierendem Warten bleibt den HeimgegnerInnen nur der Weg zur nächstgelegenen S-Bahnstation. Im Vorfeld war aufgrund überregionaler rechter Mobilisierung mit einem der größten rassistischen Aufmärsche der letzten Jahre im Berliner Stadtgebiet gerechnet worden. Ein deutlicher Zuwachs an rechten TeilnehmerInnen fällt an diesem Tag jedoch aus. Dennoch versammeln sich bis zu 600 Personen am Startpunkt.

Montag, 24. November 2014: Ein rassistischer Aufmarsch mit bis zu 1.000 TeilnehmerInnen zieht durch Marzahn. Nennenswerter Gegenprotest? Kaum.

Immer wieder gab es anlässlich der rassistischen Aufmärsche in den Monaten November und Dezember 2014 Gegenproteste, doch ließen diese auf Dauer immer mehr nach. So ergaben sich für die TeilnehmerInnen der rechten Aufmärsche wiederholt Freiräume um ihre Ressentiments in den Kiezen zu verbreiten. Zahlenmäßig waren die Gegendemonstrant_innen bis auf wenige Ausnahmen meist unterlegen. Zu diesen Ausnahmen

gehörten die genannten Gegenproteste in Marzahn am 22. November, sowie am 15. Dezember, zu denen bis zu 1.500 Menschen in Marzahn zusammen kamen. Eine Blockade gelang an diesem Tag jedoch nicht. Die Regel bildeten Interventionen dieser Größenordnung im letzten Jahr nicht, oft blieb in Marzahn nur eine von Parteien angemeldete Kundgebung in der Nähe des Startpunkts des rechten Aufmarsches, dem zukünftigen Standort der sogenannten Container-Unterkünfte. Meist kamen weniger als hundert Teilnehmer_innen und so konnte lediglich akustisch ein Zeichen gesetzt werden. Auch in den anderen Bezirken gestaltete sich der Gegenprotest schwierig. Wiederholt wurde seitens der Aktivist_innen vor Ort die mangelnde Unterstützung aus anderen (Innen-)Stadtteilen beklagt.

In Buch gelang es durch eine langfristige antifaschistische Anmeldung auf der zuvor von RassistInnen und Nazis bevorzugten Demoroute, diese zu einem Umschwenken von Montag auf Mittwoch zu zwingen. Des Weiteren gelang es am 04. Dezember circa 70 Gegendemonstrant_innen eine rechte Demo über Stunden zu blockieren. Ein Beispiel dafür, dass auch mit wenigen Menschen effektiver Gegenprotest möglich ist. Informationsstände in Berlin-Buch, die zu Solidarität mit Geflüchteten aufriefen und über die

Abonnieren...

...kann man die dossiers nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bzw. die bekommt sie kostenlos zugeschickt!

Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem apabiz e.v. eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet. einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspendender_innen erhalten diese 1x jährlich)



Das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unseren Verteiler auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs und verschiedene andere Primärquellen. Diese werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 1990er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek und verschiedene Sondersammlungen.

Bildung: Unser Referent_innen-Katalog (erhältlich unter <http://www.apabiz.de>) umfasst mehr als 60 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die Referent_innen bei uns angefordert werden können.

Publikationen: Die Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir neben der Bildungsarbeit in unserem alle zwei Monate erscheinenden Rundbrief *monitor*, sowie in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter www.apabiz.de.

antifaschistisches pressearchiv
und bildungszentrum berlin e.v. (**apabiz**)
lausitzerstr. 10 | 10999 berlin
fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49
mail@apabiz.de
geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

iban: DE30 1002 0500 0003 3208 00
bic: BFSWDE33BER
bank für sozialwirtschaft

www.apabiz.de
www.rechtesland.de
www.nsu-watch.info
www.blog.schattenbericht.de

Diese **Publikation** und die zugrundeliegenden Dokumentationen wurden durch Mittel aus dem **Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus** gefördert. Das Bild- und Tonmaterial kann beim apabiz eingesehen und genutzt werden.

v.i.s.d.p.: apabiz e.v., lausitzer str.10, 10999 berlin | fotos: alle rechte liegen bei den fotograf_innen

neue Unterbringung informieren wollten, wurden wiederholt bedroht. Auch in Köpenick und Hohenschönhausen blieben die rassistischen Demos nicht unwidersprochen. Im Köpenicker Allende-Viertel gelang es unter anderem durch Gegenanmeldungen von Kundgebungen rassistische Aufmärsche zu verhindern oder zu anderen Routen zu zwingen.

Solidarität ist gefragt

Seitens antifaschistischer Akteur_innen in Berlin stellt sich die Frage, wie eine bessere Verknüpfung des Protests dauerhaft möglich sein kann und wie sich zukünftig wieder mehr Menschen motivieren lassen um sich aktiv an den Gegenmobilisierungen zu beteiligen. Ein Ende der extrem rechten Veranstaltungen in den Randbezirken ist trotz eines derzeitigen Rückgangs noch lange nicht in Sicht. Die rassistischen Demonstrationen im November und Dezember haben deutlich die Einstellungsmuster vieler AnwohnerInnen offenbart und das Potential für weitere rassistische Aufmärsche und Bedrohungen ist weiterhin vorhanden. Auch abseits von konkreten Demo-Terminen ist Engagement gefragt, soll eine antifaschistische/antirassistische Intervention nicht reine Symbolpolitik bleiben. Die Geflüchteten werden zukünftig alltäglich mit den Zuständen vor Ort konfrontiert sein. Von den ortsansässigen Initiativen wurde in den letzten Monaten wiederholt versucht durch Informationsflyer, Aufrufe und eigene Zeitungen für eine Willkommenskultur zu werben. Doch einerseits Gegenprotest zu organisieren und andererseits Aufklärungs- und Vernetzungsarbeit zu leisten, ist neben anderen Belastungen wie Arbeit oder Schule für die oft nur wenigen Aktivist_innen dauerhaft zu viel. Die hier angestoßenen Prozesse gilt es zu unterstützen, dabei kommt es auch auf solidarische Beteiligung aus den Innenstadtbezirken an.

Kilian Behrens

Weitere Artikel zum Thema

Angriffe auf Geflüchteten-Unterküfte in Berlin und bundesweit:

<http://reachoutberlin.de/index.php?name=News&file=article&sid=1968>
<http://taz.de/Mehr-Angriffe-auf-Fluechtlingheime/!155171/>
http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/hetze_und_rassistische_gewalttaten_nehmen_zu/

Angriffe auf Presse:

<http://www.blog.schattenbericht.de/2014/11/neonazis-gefaehden-weiter-pressefreiheit-vor-den-augen-der-polizei/>
http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/11/19/journalistenverband-und-abgeordnete-kritisieren-rolle-der-berliner-polizei-bei-protesten-um-fluechtlingsunterkuenfte_17713

Rassistische Aufmärsche in Berlin:

http://www.blog.schattenbericht.de/2014/12/bedrohliche-allianzen-neonazis-hooligans-und-rassistische-buerger_innen-vereint-gegen-gefluechtete/
<http://taz.de/Rechte-Aufmaersche-in-Marzahn/!149969/>

Auf dem Blog »**Berlin rechtsaußen**« (blog.schattenbericht.de) veröffentlichten Journalist_innen aktuelle Recherchen und Hintergründe über die extreme Rechte in Berlin. Das Dossier findet sich hier als pdf zum Herunterladen.